

Beschlussvorlage



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 2071/2010
Amt/Aktenzeichen Dezernat IV/40 11 01 / 1	Datum 06.11.2010	TOP

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum
Schulträgerausschuss	Vorberatung	23.11.2010
Stadtrat	Entscheidung	08.12.2010

Betreff:

Sachstandsbericht zum Antrag Nr. 219/2007 der SPD-Stadtratsfraktion sowie zum Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion betreffend
Die Mainzer Schullandschaft fit für die Zukunft machen - Schulentwicklung im Zusammenwirken von Lehrenden, Eltern, Schülerinnen und Schülern vorantreiben

Dem Oberbürgermeister und dem Stadtvorstand vorzulegen

Mainz, den 10. November 2010

gez. Merkator

Kurt Merkator
Beigeordneter

Mainz, den . November 2010

Jens Beutel
Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

Die Gremien nehmen den Sachstandsbericht zur Kenntnis. Da die Umsetzung des Schulentwicklungsplans und der sich daraus ergebenden Projekte Sache der laufenden Verwaltung und der entsprechenden Berichterstattung in den städtischen Gremien ist, ist der Antrag erledigt.

1. Ziele der Anträge

Die beiden in der Stadtratssitzung am 5.12.2007 beratenen und an die Verwaltung überwiesenen Anträge (s. Anlagen) fordern im Wesentlichen

- die Umsetzung des Schulstrukturgesetzes des Landes Rheinland-Pfalz an den Mainzer Schulen (Stichwort: Einführung Realschulen plus) und dabei die Auswirkungen auf die benachbarten Grundschulen nicht aus dem Blick zu verlieren,
- Maßnahmen zu ergreifen, dass möglichst keine Schüler ohne Abschluss die Schulen verlassen,
- den demographischen Wandel bei der Schulentwicklungsplanung zu berücksichtigen,
- den Elternwillen und der Elternnachfrage nach Integrierten Gesamtschulen zu entsprechen,
- die Zusammenarbeit in Fragen der Schulentwicklung mit dem Landkreis Mainz-Bingen zu betreiben und
- alle relevanten Gruppen an der Schulentwicklungsplanung zu beteiligen.

2. Umsetzungen

In den Jahren seit der Antragsstellung hat sich die Mainzer Schullandschaft stark verändert. Fast alle der geforderten Maßnahmen sind entweder umgesetzt oder befinden sich auf dem Weg der Umsetzung. Der Stadtrat war und ist bereit, die entsprechenden finanziellen Mittel, die zur Verbesserung der schulischen Situation und der Umsetzung der entsprechenden Beschlüsse notwendig waren, trotz der angespannten Haushaltslage zur Verfügung zu stellen. Dies bedeutet im Einzelnen:

Realschulen plus

Im Laufe des Jahres 2007 wurden von der AG Schulentwicklungsplanung mit Unterstützung durch den Schulentwicklungsplaner Krämer-Mandau und die Verwaltung Vorschläge für die Einrichtung von Realschulen plus erarbeitet. Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 17.12.2008 beschlossen, mit 6 Standortvorschlägen in die Antragstellung gegenüber dem Land Rheinland-Pfalz zu gehen (Budenheim/Mainz-Mombach, Gonsenheim, Lerchenberg, Mainz-Altstadt, Mainz-Neustadt, Mainz-Weisenau).

Für alle 6 Standorte wurde seitens des Landes die Errichtungsoption erteilt. Die Realschule plus Budenheim/Mainz-Mombach wurde vorgezogen und startete mit Zustimmung des Landes schon zum Schuljahr 2009/2010. In der Anmeldephase für das Schuljahr 2010/11 stellte sich dann heraus, dass nur 3 weitere Standorte (Gonsenheim, Lerchenberg, Mainz-Altstadt) die vom Land vorgegebene Mindestzahl an Anmeldungen der Eltern erreicht hatten. Diese 3 Realschulen plus sind zum 1.8.2010 als Realschulen plus eingerichtet worden.

Auswirkungen auf die benachbarten Grundschulen

Alle Verbände von Grund- und Hauptschulen wurden durch die Einführung der Realschulen plus aufgelöst, die entsprechenden Grundschulen (Am Gleisberg, Lerchenberg, Ludwig-Schwamb, Mombach) selbstständig. Hinzu kam die Gs Hechtsheim wegen der Einrichtung der weiteren IGS (s. unten). Die Umorganisation und die endgültige Raumzuweisungen sind weitgehend abgeschlossen oder befinden sich in Planung (Beispiel Hechtsheim).

Keiner ohne Abschluss

Viele Schüler haben auch in Mainz in den letzten Jahren ihre Schullaufbahn abgeschlossen, ohne einen Abschluss zu erreichen. Einer der Eckpfeiler des pädagogischen Konzepts der Realschule plus ist, diesen Zustand wesentlich zu verändern. Es wird zu beobachten sein, ob dieses Ziel erreicht werden kann. Bisher

ist festzustellen, dass sich noch keine der in Betrieb befindlichen staatlichen Realschulen plus für das zusätzliche Landesprojekt „Keiner ohne Abschluss“ angemeldet hat. Die Verwaltung sieht diese Feststellung den Umständen geschuldet, dass die Schulen sich, weil es zumeist Kooperationen sind von Partner, die bisher wenig miteinander zu tun hatten, zunächst konsolidieren müssen. Der nächste Abgabetermin für eine Antragstellung ist der 31.3.2011.

Berücksichtigung des demographischen Wandels

Die Verwaltung hat erwartet, dass nicht nur als Folge der Neubildungen der Realschule plus sowie weiterer neuen Schulen (s. u.) sich Folgen für die Schulnutzungen ergeben würden. Sie hat deshalb schon im Jahr 2007 das Büro Bildung und Region (Wolf Krämer-Mandau) mit der Fortschreibung der allgemeinen Schulentwicklungsplanung beauftragt. Teil der Fortschreibung sollte auch sein, die Folgen des demographischen Wandels für die einzelnen Schularten einzuschätzen.

Diese Fortschreibung wurde von Herrn Krämer-Mandau mit Zustimmung der Verwaltung zunächst als offener Arbeitsprozess angelegt, damit sich Politik und Verwaltung bei den entscheidenden Sitzungen und Gesprächen z. B. zur Einrichtung der Realschulen plus oder der weiteren neuen Schulen (s. u.) auf gesicherter Grundlage der Prognose bewegen konnten. Diese Vorgehensweise hat sich bewährt.

Die endgültige und schriftliche Version des Schulentwicklungsplans, der auch einen Teil Schulsport enthält, wird das Büro Bildung und Region in der Sitzung des Schulträgersausschusses am 23.11.2010 vorlegen.

Eine weitere Integrierte Gesamtschule und ein weiteres Gymnasium für Mainz

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 3. September 2008 beschlossen, mit der IGS Hechtsheim und dem Gymnasium Oberstadt weitere Schulen neu zu errichten. Das Land ist den Anträgen gefolgt und hat diese beiden Schulen errichtet.

Zusammenarbeit bei der Schulentwicklungsplanung mit dem Landkreis Mainz-Bingen

Die beiden Schulverwaltungen arbeiten seit Jahren zusammen und lösen gemeinsam schulische Probleme, dort wo es sich anbietet. So betreiben sie die Schule mit dem Förderschwerpunkt motorische Entwicklung in Nieder-Olm in der Form eines Zweckverbandes unter Einbeziehung des Landkreises Alzey-Worms zusammen. Ähnliches, wenn auch in anderer Betriebsform, gilt für die Förderschulen ganzheitliche Entwicklung (Peter-Jordan-Schule) und Sprache (Astrid-Lindgren).

Bei den Gymnasien und IGSen hat der Landkreis Mainz-Bingen in den letzten Jahren ebenfalls stark investiert und so die staatlichen Schulen in Mainz stark entlastet.

Die Zusammenarbeit bei den Beruflichen Schulen, die per se überregionale Schulen durch die Zuweisung von Fachklassen sind, wird aktuell intensiviert und durch den gemeinsamen Schulentwicklungsplaner untersucht.

Beteiligung der relevanten Gruppen an der Schulentwicklungsplanung

Mit der Vorlage der Fortschreibung des Schulentwicklungsplans bis 2015/16 wird in allen Gremien ein öffentlichkeitswirksamer Diskussionsprozess auf den Weg gebracht. Dies war auch bei der Diskussion und im Vorfeld der bisherigen Entscheidungen (Realschule plus, neue Schulen) der Fall. Die Eltern und die Schüler sind durch ihre Vertretung im Schulträgersausschuss auch offiziell in den Prozess eingebunden.

3. Alternativen

keine

4. Ausgaben/Finanzierung

- a) einmalige Ausgaben
- b) laufende Ausgaben einschl. Folgekosten (z.B. Sach- und Personalkosten, Schuldendienst)

Die Kosten für die einzelnen Baumaßnahmen wurden und werden in den Vorlagen der entsprechenden Projekte vorgestellt. Die Kosten für die Erarbeitung und die Veröffentlichung des Schulentwicklungsplans werden aus den vorhandenen Haushaltsmitteln bestritten.

Finanzielle Auswirkungen zu 2. und 3.

ja, Stellungnahme Amt 20 Anlage 1
 nein